



### Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 13. März, Nachmittags 3 Uhr. Die 3pSt., die zu 71, 10 eröffnete, wich, als es an der Börse hieß, der Staatsrath sei so eben zur Beratung der Steuer auf Mobilienwerthe zusammengetreten, auf 70, 85 und schloß sehr matt zur Rottz. Consols von Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr waren gleichlautend 93 1/2 eingetroffen. Schluß-Course: 3pSt. Rente 70, 95. 4 1/2 pSt. Rente 92, 50. Credit-Mobilier-Aktien 1420. 3pSt. Spanier 35 1/2. 1pSt. Spanier 24 1/2. Silber-Anleihe —. Dester. Staats-Eisenbahn-Aktien 790. Lombard. Eisenbahn-Aktien 658. Franz-Joseph 525.  
London, 13. März, Nachm. 3 Uhr. Consols 93 1/2. 1pSt. Spanier 24 1/2. Mexikaner 23. Cardiner 90 1/2. 5pSt. Russen 107 1/2. 4 1/2 pSt. Russen 98 1/2. Hamburg 3 Monat 13 1/2. 7 1/2 pSt. Wien 10 1/2. 24 Kr.  
Der Dampfer „Anglo Saron“ ist von New-York eingetroffen.  
Wien, 13. März, Mittags 12 1/2 Uhr. Silber ziemlich fest bei geringem Geschäft.  
Silber-Anleihe 92. 5pSt. Metalliques 84. 4 1/2 pSt. Metalliques 74 1/2. Bank-Aktien 1035. Bank-Inter. Scheine —. Nordbahn 229. 1854er Loose 110. National-Anleihe 85 1/2. Staats-Eisenbahn-Aktien 249. Credit-Aktien 287 1/2. London 10, 06 1/2. Hamburg 76 1/2. Paris 120. Gold 7. Silber 3 1/2. Elisabethbahn 103 1/2. Lombard. Eisenbahn 126. Theilhaber 103 1/2. Centralbahn —.  
Frankfurt a. M., 13. März, Nachmittags 2 Uhr. National-Anleihe fest. Dester. Bankaktien flauer. Schluß-Course: Wiener Wechsel 115 1/2. 5pSt. Metalliques 81 1/2. 4 1/2 pSt. Metalliques 71 1/2. 1854er Loose 105 1/2. Dester. National-Anleihe —. Dester. Staats-Eisenbahn-Aktien 286. Dester. Bank-Antheile 1187. Dester. Credit-Aktien 193 1/2. Dester. Elisabethbahn 203 1/2. Rhein-Nabe-Bahn 91 1/2.  
Hamburg, 13. März, Nachm. 2 1/2 Uhr. Schwaches Geschäft. — Schluß-Course: Desterreich. Loose —. Desterreich. Credit-Aktien 146 1/2. Desterreichische Eisenbahn-Aktien —. Vereinskant 99 1/2. Norddeutsche Bank 96 1/2. Wien 78 1/2. Hamburg, 13. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco ohne Kauf-lust, ab auswärtig unverändert. Roggen loco stille, ab auswärtig unverändert. Del loco 32, pro Frühjahr 32 1/2, pro Herbst 30 1/2. Kaffee zu vollen Preisen 8—9000 Sacd Umsatz. Zink ohne Umsatz. Liverpool, 13. März. [Baumwolle.] 5000 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert.

### Telegraphische Nachrichten.

Madrid, 10. März. Das Journal „La Espanna“ sagt, daß die französische und die englische Regierung das Recht Spaniens, für den Fall eines Krieges gegen Mexico die Neutralität der vereinigten Staaten von Nordamerika beanspruchen zu dürfen, anerkennen. S. v. Salamanca ist vorgestern Abend in Gesellschaft nach Paris abgereist.  
London, 10. März. Lord Palmerston weigert sich, die Kandidatur der City anzunehmen; er will seinen Wählern von Treue treu bleiben. Sir Henry Rawlinson versichert, daß ihm die Regierung keinerlei Mission in China angeboten habe. Die Kundgebungen zu Gunsten von Lord Palmerston nehmen ihren Gang.  
London, 12. März. Lord John Russell hat sein Wahl-Programm für die City von London veröffentlicht. Er werde sich hier um die Wiederwahl bewerben, ungeachtet das Wahl-Comite ihn ausgeschlossen habe. Was jetzt sei indes die Zeit noch nicht gekommen, und das von ihm bei den wüthen Friedens-Konferenzen beobachtete Verhalten genügend erläutern zu können. Der „Advertiser“ bekämpft, die „Daily News“ unterstützen die Bewerbungen Lord John's.  
Paris, 11. März. Ein Attache des Grafen v. Baleski ist heute von hier nach Bukarest und Jassy abgegangen. — Wie verlautet, überbringt derselbe den französischen Konsuln in den Donaufürstenthümern auf die Reorganisationsfrage bezügliche Instruktionen. — Am Jahrestage der Geburt des kaiserlichen Prinzen (16. März) werden zahlreiche Ordensverleihungen und Beförderungen publiziert werden.  
Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß Admiral Lyons bis 15. März die türkische Hauptstadt verlassen werde. (Presse)

### K r e n n e n .

#### Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus. 14. Sitzung am 13. März.  
Am Ministerische: Vier Regierungskommissionen.  
Präs. Prinz zu Hohenlohe eröffnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Mittheilungen wird sogleich zur Tagesordnung übergegangen.  
Den ersten Gegenstand derselben bildet ein Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Artikels 76 der Verfassungsurkunde. Hiernach sollte jener Art. künftig lauten: Die beiden Häuser des Landtages der Monarchie werden durch den König regelmäßig im Monat Januar und außerdem, so oft es die Umstände erheischen, einberufen.  
Derselbe Gegenstand hat dem Hause der Abgeordneten schon vorgelegen, und dort zu dem Beschlusse geführt, den Gesetzentwurf in folgender Fassung anzunehmen: Die beiden Häuser des Landtages der Monarchie werden durch den König regelmäßig in dem Zeitraum von dem Anfange des Monats November jeden Jahres bis zur Mitte des folgenden Januar, und außerdem so oft es die Umstände erheischen, einberufen.  
Die Kommission, einverstanden mit den im andern Hause zu dieser Fassung aufgestellten Gründen, empfiehlt dem Herrenhause die Annahme des Art. 76 in dieser Fassung.  
Einigen Mitgliedern des Hauses erschien es nöthig, mit jener Fassung den Art. 99 der Verf.-Urk. in Einklang zu bringen, und es war daher in der Kommission der Antrag gestellt worden, dem Art. 99 folgenden Zusatz zu geben: So lange der Staatshaushalts-Etat für das laufende Jahr noch nicht zum Gesetze erhoben worden, ist die Staats-Regierung ermächtigt, den Staatshaushalts-Etat des Vorjahres in Beziehung auf die Ausgaben — jedoch mit Ausschluß der außerordentlichen — zur Ausführung zu bringen.  
Die Staats-Regierung erklärte durch ihre Vertreter mit diesem Vorschlage sich durchaus nicht einverstanden, worauf denn auch in der Kommission der zu Art. 99 beantragte Zusatz verworfen worden sei, indem man es für zweckmäßig erachtete, abzuwarten, ob und welchen Gebrauch die Staats-Regierung von der Lizenz einer Verlegung des Einberufungs-Termins des Landtages machen werde.  
Berichterstatter Herr v. Plösch hebt das Wesentliche aus der über den Gegenstand in der Kommission gepflogenen Verhandlung hervor.  
Herr v. Zander erklärt sich für einverstanden mit dem Kommissions-Antrage, erkennt aber, daß nach Annahme desselben dieser mit der Verf.-Urkunde im Widerspruch stehe, daher er, (Der Redner) in der Kommission einen Zusatz zu Art. 99 der Verf.-Urkunde beantragt habe, der hier aber mit 11 gegen 4 Stimmen abgelehnt worden sei. Obwohl daher der Redner für den Kommissions-Antrag stimmen werde, vermöge er doch mit den Gründen, welche in der Kommission und von der Staats-Regierung für den Antrag aufgestellt worden seien, sich nicht einverstanden zu erklären, und hoffe er, daß hierüber früher oder später eine Ausgleichung erfolgen werde.

Herr Brüggemann kann sich zwar gleichfalls mit dem Kommissions-Antrage einverstanden erklären, aber auch nicht ohne Bedenken gegen ihren Einklang mit den Art. 99 und 109 der Verf.-Urkunde. Er weist aus der Verfassungs-Revision in beiden Kammern nach, daß der in der Kommission gestellte Zusatz-Antrag im Geiste jener Revision, in denen aus ihr hervorgegangenen Beschlüssen und auch in der Zustimmung zu denselben durch die Regierung vollkommen begründet sei, daher er ohne einen solchen oder ähnlichen Zusatz die Verfassung in ihren Bestimmungen über den Staatshaushalts-Etat als sich widersprechend betrachten und die Verantwortung für das Verhalten der Regierung in dieser Angelegenheit von sich ablehnen müsse.

Regierungs-Kommissarius v. Klübow glaubt auf den vorliegenden Gegenstand nicht näher eingehen zu dürfen, nach den Erklärungen, die seitens der Staats-Regierung schon gegeben seien. Die Regierung lege aber einen hohen Werth auf die Annahme des Kommissions-Antrages und hoffe, daß diese auch hier, nachdem sie im andern Hause in doppelter Abstimmung erfolgt sei, durchgehen werde. Er glaube, daß ein direkter Widerspruch zwischen dem Antrage und der Verfassungs-Urkunde nicht vorliege und verhehe es sich von selbst, daß die Regierung, was sie im Einklange mit der Verf.-Urkunde thue, auf ihre eigene Verantwortung thue. Die Regierung werde hiernach es mit Dank aufnehmen, wenn das hohe Haus dem Beschlusse des andern Hauses sich anschließe.

Herr v. Below empfiehlt die Annahme des Kommissions-Antrages.  
Herr v. Gaffelbach ist nicht gegen den Antrag, glaubt aber, daß die Dauer einer Session, nach Annahme dieses Antrages, noch nicht genügend, Erwogen sei, namentlich nicht von den Mitgliedern des Hauses, die dem großen Grundbesitz angehören, und doch seien gerade von dieser Seite her bis jetzt alljährlich eine Menge Anträge über Jagd, Prügeln u. a. m. eingebracht worden, welche allein schon zu Verlängerungen der Sitzungsperioden veranlassen. Der Redner glaubt den Antrag ebenfalls nicht im Einklange mit der Verfassungs-Urkunde, wird aber dennoch für denselben stimmen, weil er voraussetzt, daß die Staatsregierung auch ferner, wie bisher, im November den Landtag werde berufen müssen.

Hr. v. Meding befürwortet die Annahme des Antrages, da nach demselben der Landtag bis Ende April seine Geschäfte so auf, wie jetzt, vollbringen könne, da die eigentliche Thätigkeit der Häuser auch jetzt erst im Januar beginne.

Hr. Stahl spricht für den Antrag und glaubt nicht, daß dessen ein nur gleichsam äußerliches betreffende Bestimmungen in Verbindung mit so wichtigen Fragen gebracht werden dürfen, deren man beiläufig in einem Zusatz-Artikel gedenken wolle.

In der folgenden Abstimmung durch Namens-Aufruf wird der Kommissions-Antrag mit 78 gegen 18 Stimmen angenommen.

Gegen denselben stimmen die Herren: Groddeck, v. Gutzmerow, Hammer, Graf Haffeld, Fürst Hohenlohe-Dehringen, Hr. Gooerden, Hr. Krockow, Laug, Graf Malhan, Döbereit, Graf Potulitski, v. Reichsdorf-Paggenhef, Graf Schwerin, v. Sobek, v. Waldow-Reitzenstein, v. Brandt-Kauchschädt und v. Brünneck.

Die Sitzung wird hierauf nach Beschluß des Hauses um 3 Uhr vertagt und die nächste Sitzung auf den 18. März anberaumt.

Berlin, 13. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem emeritirten Erzpriester und Pfarrer Haertel zu Frankenstein, im Regierungs-Bezirk Breslau, den rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Schullehrer Kaschus beim Friedrichsflusse zu Berlin, und dem Schullehrer und Küster Tiliich zu Baitin im Kreise Schweinitz, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den bisherigen Staatsanwaltsgehilfen Thiel in Anklam zum Staatsanwalt bei dem Kreisgerichte in Heilsberg zu ernennen. — Ihre Majestät die Königin haben allergnädigst geruht, dem Kaufmann W. E. Stegemann hieselbst das Prädikat Allerhöchsthies Hoflieferanten zu verleihen. — Der Rechts-Anwalt und Notar Poser zu Torgau ist in gleicher Eigenschaft an das Stadtgericht zu Breslau, mit widerruflicher Einräumung der Praxis bei dem Kreisgerichte und dem Appellationsgerichte zu Breslau und mit Beilegung des Notariats für den Bezirk des Appellationsgerichts zu Breslau, versetzt worden. — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Rentanten der General-Staatskass., Geh. Rechnungsrath Wegel zu Berlin, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs von Württemberg Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Ordens der württembergischen Krone zu erteilen.

± Berlin, 12. März. Nach einem Bericht aus den Donaufürstenthümern geht die europäische Donau-Kommission jetzt damit um, eine Telegraphenlinie von Galatz nach Sulina herzustellen. Da nun, heißt es in demselben, auch mehrere andere, seitens der Kommission getroffene, auf eine thatsächliche Beseitigung der Schiffsfahrts-Hindernisse auf der unteren Donau überhaupt gerichtete Maßregeln bekannt geworden sind, so fängt man nunmehr an zu hoffen und zu glauben, daß mit einer sachgemäßen und angemessenen Regelung aller Schiffsfahrts-Angelegenheiten auf der unteren Donau seitens der europäischen Kommission umfichtig und energisch, im wahren Interesse des Handels- und Schiffsfahrts-Verkehrs, werde vorgegangen werden.

Die Holzpreise, welche im vorigen Jahre so außerordentlich hoch gestiegen waren, werden auch in diesem Jahre, so weit man bis jetzt berechnen kann, sich nicht niedriger stellen, denn auf den Holz-Auktionen in den königlichen Forsten, welche bereits ihren Anfang genommen haben, werden in diesem Jahre dieselben Preise gezahlt, wie im vergangenen. Der Grund hierzu wird darin gesucht, daß die größeren Holzhändler bedeutende Ankäufe von Wäldern in der Provinz Posen und im Königreich Polen zu sehr billigen Preisen gemacht haben. Sie haben an denselben mehrere Jahre lang, und um möglichst großen Verdienst zu erzielen, treiben sie die Preise auf den öffentlichen Auktionen in die Höhe und zwingen dadurch die kleinen Händler, beim Verkauf hohe Preise zu setzen. Natürlich verdienen sie hiermit enorme Summen, und ist deshalb an ein Sinken der Holzpreise nicht mehr zu denken.

Von Seiten der Schiffer, welche die Elbe befahren, ist vielfach über den Hasen bei Wittenberge Klage geführt worden, in welchen sie bei der Einfahrt in Preußen einlaufen und so lange unter Zollaufsicht liegen müssen, bis die Reife der steuernmäßigen Unternehmung an sie kommt. Man hält die Sicherheit dieses Hafens für nicht zureichend, und soll der Zustand desselben sich namentlich durch die im J. 1849 seitens der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahngesellschaft ausgeführte Elbstrom-Regulierung in der Weise wesentlich geändert haben, daß, während er früher bei Hochwasser einer Durchströmung von oben nach

unten ausgesetzt war, seitdem das umgekehrte Verhältniß stattfindet. Daß diese Rückströmung bei Eisgang den im Hafen liegenden Schiffen gefährlich werden kann, hat die Erfahrung bereits gelehrt. Nichtsdestoweniger aber ist die Anlage eines anderen, größere Sicherheit bietenden Winterhafens — sie würde nach dem Bauprojekt einen Kostenaufwand von 15,000 Thlr. verursachen — auf Schwierigkeiten gestoßen, deren Beseitigung nicht leicht möglich ist. Es dürfte hier am Orte sein, über den Baarenverkehr auf der Elbe während des 3. Quartals v. J., über welchen jetzt ein amtlicher Bericht vorliegt, allgemeine Mittheilung zu machen. Es passirten die preussische Grenze in der Aufsahrt 32 Dampfschiffe, 57 Schleppschiffe und 1234 Segelschiffe, in der Niederfahrt 29 Dampfschiffe, 55 Schleppschiffe und 681 Segelschiffe. Die zu Berg fahrenden Schiffe führten an Waaren 2,258,782 Ctr., gegen das 2. Quartal 899,280 Ctr. weniger. Die Güter der zu Thal fahrenden Schiffe umfaßten ein Quantum von 1,358,890 Ctr.

Berlin, 12. März. Wenn kein verzögernder Zwischenfall eintritt, erwartet man heute die Unterzeichnung des Sundzoll-Vertrages in Kopenhagen. Das Interimistikum zwischen der Unterzeichnung und der Ratifikation soll in einer Weise arrangirt sein, daß die Schiffe während desselben Sundzoll nicht mehr zahlen würden. (S. N.)

Berlin, 13. März. Se. Majestät der König traf heute Vormittag im Schloß Bellevue ein, um mit dem Staatsministerium daselbst Kabinetsthat zu halten. — Se. Majestät der König wird sich, wie wir hören, heut Abend und Ihre Majestät die Königin, so wie die hier anwesenden kgl. Prinzen und Prinzessinnen morgen Vormittag nach Potsdam begeben, um der Taufe der jüngstgeborenen Prinzessin Tochter Sr. kgl. Hoh. des Prinzen Friedrich Carl beizuwohnen. Die herzoglich sachsenischen und die herzoglich altenburgischen Herrschaften werden gleichfalls dazu ernannt.

— Se. kgl. Hoheit der Prinz Karl wird dem Vernehmen nach höchlich zum Besuch Ihrer Majestät der Kaiserin-Mutter von Rußland morgen Abend nach Rom begeben. In der Begleitung Seiner königl. Hoheit werden sich nur der Hofmarschall Marquas v. Luchefini und ein Adjutant befinden.

— Der Prinz von Preußen hat gestern Früh Weimar verlassen und ist nach Köln abgereist, woselbst er übernachtet wollte, um heute über Bonn nach Koblenz zu gehen. Dem Vernehmen nach kehrt der Prinz in den ersten Tagen des Mai auf einige Zeit nach Berlin zurück, um hieselbst den Truppen-Exercitien beizuwohnen.

— An der Stelle in der Jungfernhaide, wo der General-Polizeidirektor v. Hinkeldey am 10. März 1856 verstarb, ist jetzt auf Befehl des Königs unter einer Eiche ein acht Fuß hohes Kreuz mit dem Namen und dem Todestage des Dahingekleideten errichtet. Das Kreuz, in deutscher Form, nach einer Zeichnung des Geh. Ober-Bauraths Stüler, ist durch den hiesigen Steinmetzmeister Müller sehr sauber in Sandstein ausgeführt.

— Der Verein für Eisenbahnkunde hat in seiner Sitzung am 10. März den Beschluß gefaßt, eine Reise zur Besichtigung der wichtigen Bauten auf der Bahn über den Sommering in diesem Jahre noch nicht zu unternehmen, sondern sie vorläufig auf das nächste Jahr, wo noch mehrere der dortigen Bauten vollendet werden, zu verschieben. Dagegen machte der Vorstand den Vorschlag, im Monat Juni in der Pfingst-woche eine Reise nach Hannover und Kassel zur Besichtigung der dortigen interessanten Bauten und der neuen Bahn über Göttingen nach Kassel zu unternehmen, und die Rückreise alsdann auf der thüringener Bahn zu machen. (Berl. Bl.)

[Ueber die Konferenz-Verhandlung wegen Neuenburg] äußert sich die „Preuss. Corresp.“ wie folgt: Am 5. März hat zu Paris eine Konferenz der Vertreter Desterreichs, Frankreichs, Englands und Anslands über die neuerburger Angelegenheit stattgefunden. Am 7. März folgte eine zweite Konferenz, welcher auch der Vertreter Preußens beizwohnte. Dieser Sachverhalt entspricht vollkommen der Auffassung, welche die königliche Regierung von Anfang an als maßgebend für sich in allen ihren diplomatischen Aktenstücken bezeichnet hat. Se. Majestät der König hat sich bereit erklärt, nachdem die Vorbedingung der Freilassung der royalistischen Gefangenen erfüllt sein würde, über die künftigen Verhältnisse Neuenburgs mit den europäischen Großmächten zu verhandeln, wenn diese sich über die Vorschläge, die sie im europäischen Interesse Preußen machen zu sollen glaubten, geeinigt hätten. Hieraus folgte, daß Preußen erst hinzutreten wollte und konnte, wenn diese Verständigung der vier übrigen Mächte erfolgt war. So ist es auch geschehen, und die Verhandlungen werden nun ihren Fortgang nehmen. Doch sind sämmtliche Regierungen und ihre Vertreter übereingekommen, daß Geheimniß darüber bis zum Abschluß zu bewahren.

[Der Etat der Unterrichts-Verwaltung.] Auf den diesjährigen Etat der Unterrichts-Verwaltung ist in Folge der Zurückberufung des Professor Wiedow aus Würzburg an die hiesige Universität ein neuer Posten von 2600 Thlr. gebracht worden. Zur Besoldung des Professors werden 2000 Thlr. und zur Ausstattung des für denselben eingerichteten pathologisch-anatomischen Instituts 600 Thlr. ausbehalten.

Im Etat der Gymnasien ist ein neues katholisches Progymnasium zu Neustadt, im Reg.-Bezirk Danzig, mit 3470 Thlr. dotirt. — Zur Dotierung des zu Berlin, hauptsächlich auf den Ankauf der vom General von Scharnhorst hinterlassenen Kartensammlung gegründeten kartographischen Instituts fest der Etat 1800 Thlr. aus, wovon 800 Thlr. zur Besoldung eines besonders anzustellenden Conservators verwendet werden. — Das Schloß zu Dranienburg, 2 Meilen von Berlin, wird zu einem Schullehrer-Seminar eingerichtet. Im Regierungs-Bezirk Potsdam, für welchen nur ein Schullehrer-Seminar zu Köpenick besteht, ist ein so großer Mangel an Schulamts-Kandidaten eingetreten, daß eine bedeutende Zahl von Schulstellen unbesetzt bleiben muß. Während der genannte Bezirk 80—90 Kandidaten jährlich bedarf, liefert das Köpenicker Seminar deren nur 40—50 jährlich. Die Kosten der baulichen Einrichtung des oranienburger Schlosses für den gedachten Zweck sind auf 50,693 Thlr. veranschlagt. — Nach einer der Budget-Kommission mitgetheilten Uebersicht sind in Preußen 23,200 evangelische und 10,500 katholische Elementarschulklassen vorhanden, von welchen erfahrungsmäßig jährlich 860 evangelische und 420 katholische zu besetzen sind. Zur Beschaffung der erforderlichen Lehrerschaft

